Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL. J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407--6th Ave.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 20. September 1917.

Unser tägliches Brot.

Der Abgeordnete Keating von Colorado hat vor einigen Tagen im Kongreß auf den Unterschied in den Brotpreisen hier und drüben aufmerksam gemacht und nachgewiesen, daß die Preise hier bedeutend höher sind als in den kriegführenden Ländern Europas. In England ist das Brot um sechzig bis achtzig Prozent billiger als in den Ver. Staaten. Für zweiunddreißig Unzen Brot bezahlt man dort elf Cent. In Frankreich kosten fünfunddreißig Unzen neun, in Italien gar nur acht Cent, und in Belgien erhält man fünfunddreißig Unzen für elf Cent, während man hierzulande vierzehn Unzen mit zehn Cent bezahlen muß.

Alle diese Länder leben zum großen Teil von amerikanischem Weizen und amerikanischem Mehl, und wenn der Abgeordnete Keating sein Erstaunen darüber ausspricht, daß Brot, aus amerikanischem Weizen gebacken, fünftausend Meilen von dem Acker, auf welchem dieser Weizen gewachsen ist, billiger ist als hierzulande, dann kann man diesem Erstaunen die Berechtigung unmöglich absprechen.

Die Gründe dürften verschiedener Art sein. Der Hauptgrund ist wohl, daß der Weizen, aus welchem man in den kriegführenden Ländern heute Brot backt, hier schon in großen Mengen aufgekauft wurde, als die Preise noch auf mäßiger Höhe hielten. Dadurch sind die hiesigen Vorräte stark aufgebraucht worden, und was übrig geblieben ist, haben die Farmer in Erwartung höherer Preise festgehalten. In dieser Erwartung haben sie sich ja auch nicht getäuscht gesehen: der von der Bundesregierung festgesetzte Preis sichert ihnen Erträge von ihrem Boden, von denen sie sich vor einigen Jahren noch nichts haben träumen lassen.

Aber der Abgeordnete Keating hat jedenfalls nicht Unrecht, wenn er meint, die Nahrungsmittelkontrolle sei nicht bloß zu dem Zwecke eingeführt worden, den Farmern hohe Weizenpreise zu sichern, sondern auch zu dem nicht minder wichtigen Zweck, die Brotpreise herunterzubringen. So hat wenigstens die Bevölkerung die Einrichtung aufgefaßt. Sie ist der Ansicht gewesen, daß durch die Nahrungsmittelkontrolle vor allem der ungesunden Getreidespekulation ein Ende gemacht werden solle, von der man gehört hatte, daß sie hauptsächlich für die Verteuerung des Brotes verantwortlich sei. Den Spekulanten ist das Handwerk denn auch gelegt worden, aber die hohen Brotpreise sind geblieben.

Nun ist aber gerade in der gegenwärtigen Zeit billiges Brot von der allergrößten Bedeutung für die Volksgesundheit. Fleisch ist so teuer geworden, daß Familien, die auf ein bescheidenes Einkommen angewiesen sind, den Verbrauch aufs äußerste einschränken müssen, und nicht wenige müssen vollends verzichten. Da muß Brot das Fleisch ersetzen, aber diese Bestimmung kann nur billiges Brot erfüllen. Für kinderreiche Familien ist billiges Brot gegenwärtig geradezu eine Existenzfrage. Der Mann soll arbeiten und muß arbeiten, schwer arbeiten. Vielleicht muß auch die Mutter arbeiten, und das setzt kräftige Ernährung voraus. Was bei der allgemeinen Preislage mit reichlichem Brotgenuß gleichbedeutend ist.

Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, mit welchen die Nahrungsmittelverwaltung zu rechnen hat. Aber Schwierigkeiten sind ja dazu da, daß sie überwunden werden. Die große Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß das amerikanische Volk den Krieg ohne Schaden für seine Gesundheit übersteht, damit es sich nach dem Kriege wieder mit frischen Kräften den Arbeiten des Friedens widmen kann. Es wäre ein Unglück für das Land, wenn weite Kreise der Bevölkerung den Brotverbrauch so einschränken müßten, daß mit der Gefahr einer die Volkswirtschaft schwer belastenden Unterernährung gerechnet werden müßte. Das muß verhütet werden, und zu den maßgebenden Stellen darf man das Vertrauen haben, daß sie Mittel und Wege finden werden, es zu verhüten. Wo so viel auf dem Spiele steht, darf man sich Arbeit und Mühe nicht verdrießen lassen.

Die allgemeinen Wahlen in Kanada.

Unser Nachbarstaat im Norden bereitet sich auf die kommenden allgemeinen Parlamentswahlen vor. Diese Wahlen vollziehen sich auf einer ganz anderen Basis als alle früheren. Sie sollen die Frage der Militärpflicht entscheiden, die das gegenwärtige Parlament bereits bejahend beantwortet hat, welche Antwort aber des nötigen Rückhalts ermangelt, wenn nicht das Volk darüber befragt wird. Die Regierung wäre den Wahlen wohl gern noch länger aus dem Wege gegangen, aber vielerlei Gründe lassen das nicht angebracht erscheinen.

Die Wahlen vollziehen sich auf einer anderen Basis als frühere Abstimmungen, sagten wir. Denn mehrere Hunderttausend Kanadier stehen in Frankreich. Sie sollen samt und sonders stimmen. Ferner geht man mit dem Plane um, auch den Frauen, den Müttern und Schwestern der Soldaten das Stimmrecht zuzugestehen. Nicht allen Frauen also. Es wird ferner der Versuch gemacht werden, den naturalisierten Bürgern, die aus feindlichen Ländern kamen und weniger als 15 Jahre im Lande weilen, das Stimmrecht bei dieser Wahl zu nehmen.

Die Oppositionspartei wird diesem Beginnen der Wahlrechtsentziehung wahrscheinlich kräftig entgegentreten, da die davon Betroffenen meistens zur liberalen Partei hielten. Sir John Willison, der kanadische Korrespondent der „London Times", sagt mit Bezug hierauf, daß Gefahr bestehe, es könnte die Wahlmaschinerie geschädigt werden, um Wähler deutscher oder österreichischer Abkunft von der Urne fernzuhalten. Auch die Maßregel, die auf Erteilung des Stimmrechts an Soldatenfrauen und Soldatenmütter hinzielt, anderen Frauen aber jenes Recht nicht geben will, hat nach der angeführten Quelle den Zweck, die Stimmkraft der „Fremden" herabzumindern „und die politische Macht der englisch sprechenden Elemente zu vergrößern". Die weitaus größte Zahl der Soldaten sind nämlich englischer Abkunft.

Ein Volk zur Sparsamkeit erziehen.

Die Befürchtung, der „Great White Way" möchte durch den „Greater War" gegen die Finsternis unterliegen, seine blendenden elektrischen Lichter und Reklameschilder entfernen müssen, nun wo es gilt, mit Kohlen zu sparen, Kohle nur für die Notwendigkeiten einer ernst gewordenen Nation, nicht aber als Wegweiser für deren Johnnies zu gebrauchen, wird das große Publikum kalt lassen. Heute denkt man ernster. Und weiße, glänzende Schilder, auch der Reklame, werden an ihre Stelle treten—: „Lernt sparen, werft nichts weg, das im Ernährungsprozeß der Massen irgendwie Verwendung finden könnte. Sei unser Amerika noch so reich, wir brauchen alles, alles—haben nichts in die Müllkannen zu werfen, die ohnehin mehr aufnehmen, als von rechtswegen dort hingehört. Lernt sparen! — Nahrung sparen! Denn Nahrungsmittel gewinnen den Krieg."

So wird es dem amerikanischen Volke, das seit Jahrzehnten im Ueberfluß des „Plenty", in den Tag hinein, gelebt, im guten Glauben, nie werde der Tag kommen, da man die Kartoffel dünner schälen, den Laib Brot bis zum letzten Krümchen aufessen müsse, in weißem Licht von seinen Postgebäuden, seinen öffentlichen Häusern, von Schulen, von den Wänden und Dächern tausender Privatgebäude gepredigt werden: Nahrungsmittel gewinnen den Krieg. Lernt, sie sparen.

Die Erziehung des Volkes für diese Tugend, notwendig für ein jedes, noch so reiches, Volk, hätte niemals im Frieden auch nur unternommen werden können. Heute nimmt sie jedermann als etwas selbstverständliches auf. Begrüßt der Weitsehende sie als eine Gelegenheit, nicht nur den Krieg zu gewinnen, der allerdings zum mindesten ebenso durch die Nahrungsmittel als durch das Schwert entschieden werden wird. Heute hat das amerikanische Volk bereits begriffen, was Haushalten in Nahrungsmitteln auch für Amerika bedeutet. Hat es an den abschreckenden Beispielen eines drei Jahre langen Krieges, der jenseits des Meeres jedwedes Volk in die Mitleidenschaft des Darbens gezogen hat, gelernt. Auch Amerika, das reiche, hatte diese Lehre nötig.

Bedienen Sie sich der Klassifizierten Anzeigen der Tribüne! Der Erfolg ist überraschend—die Unkosten nur winzig.

Wer verrichtet die schwere Arbeit?

In seinem Buche „Der Amerikamüde" sprach Kürnberger seiner Zeit von dem in ökonomischer und politischer Beziehung „alleinseligmachenden Nationalstolz." Und gewiß, eine Nation, in deren Volk ein gewisser Stolz nicht wohnt, wird zurückbleiben im Wettbewerb der Nationen, bis dieser Stolz erwacht. Und Nationalstolz steht sicher auch dem Amerikaner schön an. Daß er jetzt mehr erwacht ist als je zuvor, ist eines der wenigen guten Dinge, die der Krieg mit sich gebracht hat.

Doch der echte, der wahre Nationalstolz, sagt der Germania-Herold, ist sehr zu unterscheiden von bornierter Selbstüberhebung. Niemals wird er in nativistische Eitelkeit ausarten gegenüber denjenigen, deren Arbeit Amerika zu dem gemacht hat, was es heute ist: Die größte Nation insofern, als die Landwirtschaft und Industrie auf gleicher Höhe stehen und immer mehr zur selben Zeit nebeneinander aufblühen.

Den Gedanken, daß der Nativismus gerade jetzt nicht von neuem wieder sich breit mache und der Bevölkerung die Köpfe verdrehe, legt ein erst kürzlich (in der englischen Sprache unter dem Titel „Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten") erschienenes Buch nahe.

Dieses Buch, dessen Verfasser W. Jett Lauck und Edgar Sydenstricker sind, bietet eine gar große Fülle lehrreichen statistischen Materials dar, aus welchem nur einiges wenige hier hervorgehoben sein möge. Von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten sind kaum 15 Prozent im Auslande geboren. — aber mehr als drei unter je fünf ausländischen Arbeitern sind von ausländischer Geburt, das heißt von den industriellen Arbeitern. Mindestens 58 Prozent der im Schweiße ihres Angesichtes arbeitenden Männern Amerikas sind von jenseits des Weltmeeres gekommen. Dazu kommen noch 17 Prozent der zweiten Generation der Einwanderer, von den übrigen Generationen gar nicht zu sprechen. Unter geborenen Amerikanern, welche in Bergwerken, Fabriken usw. arbeiten, sind ein Fünftel, also 20 Prozent, Neger. Die eingeborenen weißen Amerikaner sind meistens in der Zigarren- und Tabak-Industrie, in der Herstellung von Kragen und Manschetten, Glaswaren, Handschuhen und Schuhen tätig. Die eingeborenen Neger haben ihre stärkste Vertretung in der Zigarren- und Tabak-Fabrikation, in den Weichkohlen-Bergwerken, der Bauarbeit im Süden, u. in den Schlachthäusern. Doch stellen auch in diesen Industrien die Eingeborenen — weiße und farbige — noch lange kein genügendes Arbeitsheer. Nicht weniger als 56 Rassen sind unter den amerikanischen Lohnarbeitern vertreten! Fast die Hälfte der Einwanderer in der neueren Zeit ist aus dem südlichen und östlichen Europa gekommen, hauptsächlich aus Oesterreich-Ungarn, Italien, Rußland und den Balkanländern. Andere Hauptrassen sind Deutsche, Schweden (und andere Skandinavier), Polen, Irländer, Engländer u. Französisch-Kanadier. Lohnverdiener aus Oesterreich-Ungarn machen schon allein 15 Prozent der Gesamtzahl aus; die meisten derselben sind in verhältnismäßig neuer Zeit eingewandert. Natürlich kommen die Kriegsjahre nur in sehr geringem Maße für die Einwanderung in Betracht, bis jetzt wenigstens; was nachher kommt, darüber sind die Erwartungen noch sehr verschieden. Wenn man die Arbeitskräfte in den einzelnen Industrien der wichtigsten Klassen betrachtet, so wird der Prozentsatz der Ausländer — wenn man auch nur die geborenen Ausländer rechnet — vielfach erst recht auffallend. So sind 85 Prozent der Arbeiter in den Zuckersiedereien geborene Ausländer, 75 Prozent in der Seidenfärberei, 67 Prozent in den Oelraffinerien, desgleichen in der Ledermanufaktur, 63 in den Werkzeug-Fabriken, 60 in Woll- u. Strickgarn-Fabrikation, 65 Prozent in der Kupfer-Bergwerkerei und den Hüttenwerken, 62 Prozent in der Weichkohlen-Förderung, 61 Prozent in den Schlachthäusern.

Diese Liste ließe sich noch bedeutend vermehren. Wie nochmals betont sei, stellen diese Prozentsätze nur die direkten Fremdgeborenen dar, nicht ihre Söhne u. Töchter. Und das was der amerikanische Landbau ohne die Eingewanderten wäre, braucht schon lange nicht mehr hervorgehoben zu werden. Die deutschen industriellen Arbeiter sind am meisten beschäftigt in der Herstellung von Ackerbau- u. Fahrgeräten, in Stiefel- und Schuh-Fabriken, in Kleider-, Glas-, Handschuh-, Seidenwaren- und Lederindustrien, in Schlachthäusern, in den Eisen- und Stahlwerken, im Waggonbauen, im Lokomotiven-Geschäft, in Maschinenwerkstätten und Gießereien, in der Anfertigung elektrischer Materialien und Apparate, und in der Fabrizierung von Schießwaffen und allem Zubehör. Auch beherrschen sie großenteils das Holzwarengebiet.

Nach dem Krieg mögen auf manchen Gebieten Verschiebungen eintreten, aber schwerlich wesentliche.

PUBLIC LETTER BOX

LETTER OF APPRECIATION!

OMAHA PUBLIC LIBRARY AND MUSEUM.
James C. Dahlman, Mayor.

September 14, 1917.

Mr. Val. Peter,
Omaha Daily and Weekly Tribune,
1309-11 Howard St.,
Omaha, Neb.

My dear Mr. Peter:

The Douglas County Registration Committee wishes to express its most cordial appreciation to you, not only for your valuable space, but for your willing suggestions and hearty cooperation. We feel that without this help the result so eminently satisfactory would have been far less so.

Will you, through your column kindly extend the gratitude of the Committee to its splendid workers in every line—workers who by their enthusiasm and aid showed the President that the women of Douglas County are ready.

Very truly yours,
Edith Tobitt,
Mrs. Palmer Finley,
Mrs. M. P. Feil,
Douglas County Committee on Registration.

Volltreffer

Auch Cincinnati! Die Stadt, von der man, wie einst von Milwaukee, zu sagen pflegte: „Ueber'm Rhein wird auch etwas anders als Deutsch gesprochen." Die Zahl der Kinder, deren Eltern dem Wunsch Ausdruck gaben, daß sie Deutsch lernen, ist von 14,000 auf 8,000 zurückgegangen. Und die Kinder deutscher Eltern sind es zuerst, die Karten in die Schule brachten — Nix Deutsch!

Im letzten Jahre wurden in Portland im Staate Maine 6,459 Verhaftungen vorgenommen. Das ergiebt sich aus der Polizeistatistik. In 4,883 Fällen waren die Verhafteten Betrunkene, die ihrer eigenen Sicherheit wegen oder wegen öffentlichen Aergernisses in Gewahrsam genommen werden mußten. Maine ist Prohibitionsstaat, und das ist er schon ziemlich lange. Allein das Alter hat ihn nicht besser gemacht. Von Jahr zu Jahr wird die Zahl der Verhaftungen wegen Trunkenheit und der damit ursächlich im Zusammenhange stehenden Vergehen u. Verbrechen größer, und der Verfall der öffentlichen Moral allgemeiner. Wenn es für die Bevölkerung von Ohio eines abschreckenden Beispieles bedürfen sollte, um sie davon abzuhalten, im November eine Dummheit zu begehen — der alte Prohibitionsstaat Maine ist dafür ganz vorzüglich geeignet.

Kerensky hat die russische Republik erklärt. Damit sind die letzten Fäden, die eine dürftige Verbindung mit der Vergangenheit noch aufrecht erhielten, abgerissen worden. Als erster Präsident der Republik zeichnet Kerensky und er wird auch ihre nächste Zukunft bestimmen. Begründet wird dieser Schritt mit der von Kornilow angezettelten Revolte und den schweren Gefahren, in welchen das Land sich fortgesetzt befinde. Als die Kornilow'sche Revolte zusammenzubrechen begann, wurde Kerensky von den Führern der konstitutionellen Demokraten geraten, Maßnahmen zu treffen, daß sie sich nicht wiederhole, die Gründe zu beseitigen, die zur Revolte geführt hatten. Die Proklamation der Republik ist jedenfalls als eine dieser Maßnahmen gedacht. In erster Linie wohl als ein Mittel, die radikalen Elemente, die in jüngster Zeit an Stärke bedeutend gewonnen haben und die immer weiter von Kerensky abrücken, zu versöhnen. Wieweit das gelingen wird, muß abgewartet werden. Die russische Revolution ist immer noch nicht abgeschlossen und auch die Proklamierung der Republik wird sie schwerlich zum Abschluß bringen. Sie ist ein Markstein in der Flucht der Erscheinungen, die die revolutionäre Bewegung in Rußland ausgelöst hat, aber als Schlußstein wird man sie kaum beachten können.

— Bedienen Sie sich der Klassifizierten Anzeigen der Tribüne! Der Erfolg ist überraschend—die Unkosten nur winzig.

In Rußland scheint jede Revolution der Anfang einer neuen Revolution zu sein.

Reichssteuern.

Bestanden im Mittelalter oft aus Dienstleistungen.

In einer Zeit ausschließlicher Naturalwirtschaft, wie das frühere Mittelalter, war es unmöglich, königliche Beamte anders zu entlohnen, als daß man ihnen neben der Nutznießung von Grund und Boden, neben Einkünften aus Zöllen und Marktabgaben, auch allerhand Ansprüche auf persönliche Dienstleistungen ihrer Untergebenen zuwies. Besonders lehrreich ist die Art und Weise dieser Besteuerung in den aufblühenden Städten des 11. und 12. Jahrhunderts, weil hier eine verschiedenartige reich gegliederte Erwerbstätigkeit vorhanden war, ganz im Unterschied zum platten Lande, wo ausschließlich Landwirtschaft getrieben wurde.

Dank den schweren Kämpfen, welche die städtischen Bürgerschaften allerorts mit ihren Bischöfen, den königlichen Regierungsbeamten, führten, trat seit dem 2. Jahrhundert das Bedürfnis nach schriftlicher Fixierung der bestehenden Rechtsverhältnisse ein. Bei diesen ältesten Stadtrechten handelte es sich in erster Linie um genaue Umgrenzung der bischöflichen Ansprüche und der bürgerlichen Pflichten. Die Stadtherren waren überall geneigt, zu viel zu verlangen, ihre Ansprüche als königliche Beamte in eigentliche Landeshoheit umzuwandeln, die Bürger aber mußten im Interesse von Handel und Gewerbe darauf bedacht sein, sich möglichst allen Dienstleistungen und Naturalabgaben zu entziehen.

Ehe man aber zur Geldwirtschaft überging, war das rein unmöglich, und das Straßburger Stadtrecht aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts zeigt wohl am deutlichsten die für uns Heutigen etwas seltsame Art mittelalterlicher Besteuerung und Steuerzahlung.

Wir hören da, daß sämtliche Bürger Straßburgs verpflichtet sind, dem Bischof, als königlichen Regierungsbeamten, 5 Tage im Jahre Frondienste zu leisten. Ausgenommen aber sind alle Münzer, 12 Kürschner, 4 Handschuhmacher, 4 Bäcker, 8 Schuster, alle Sattler, Schmiede, Zimmerleute Fleischer und Böttcher.

Die Münzer, meist Dienstleute des Bischofs, sind ausgenommen, weil sie sowieso im öffentlichen und bischöflichen Interesse tätig sind. Die 12 Kürschner, 4 Handschuhmacher, 4 Bäcker, 8 Schuster sind vielleicht die Vorsteher dieser Handwerker, aber ständige Lieferanten des bischöflichen Haushalts. — Solche Handwerker und die Kaufleute, die von dem allgemeinen 6tägigen Fron ausgenommen sind, aber auch andere, haben besondere berufliche Dienste zu leisten. So müssen z. B. die Kaufleute der Stadt aus ihrer Zeit 24 Gesandte zu Botschaften des Bischofs an seine Mannen innerhalb des Bistums 3mal jährlich auf Kosten des Bischofs stellen; jeder Schmied muß für die Romreise des Bischofs 4, für die Hofreise 2 Hufeisen und die dazu gehörigen Nägel liefern. Die 8 Schuster haben die Futterale für die Leuchter, Becken und Becher des Bischofs zu liefern, wenn er an den Hof des Kaisers oder mit ihm über die Alpen zieht, die 4 Handschuhmacher liefern, was von weißem Leder dabei nötig ist. Die Sattler geben dem Bischof für die Hofreise 2 Saumsättel, für den Romzug 4. Die Schwertfeger setzen in beiden Fällen die Schwerter u. Helme des ganzen Gefolges und aller täglichen und nötigen Diener des Bischofs in Stand. Die Becherer machen die Becher, die dann nötig werden, auf Kosten des Bischofs, aber ihr Meister liefert das Holz. Die Böttcher liefern für die Hofreise Gefäße für das Bad und die Küche. Dasselbe liefern die Schenken auf Kosten des Bischofs für Kaiser und Kaiserin bei ihrer Anwesenheit in der Stadt. Der Meister gibt das Holz, der Kellerer des Bischofs Reifen und Bänder. Die Pferde des Kaisers oder Königs müssen überall beherbergt werden, während der Bischof das nicht verlangen darf.

Wir sehen, nur in seiner Eigenschaft als Reichsbeamter durfte der Bischof Forderungen an die Bürgerschaft stellen, nur bei seinem amtlichen Reisen sind die verschiedenen Handwerker zu Leistungen verpflichtet, ihre Leistungen sind eben Reichssteuern. Dahin gehört es auch, wenn die Schmiede verpflichtet sind, Schlösser und Ketten für die Stadttore herzustellen, denn die Stadt als Burg ist Reichsfestung. Deshalb müssen auch die Schmiede dem Bischof bei Belagerung 300 Pfeile liefern. Alle Leistungen finden wir im 12. Jahrhundert schon fest normiert, und sichtbar ist die Tendenz vorhanden, die Art der Leistung den einzelnen Berufsarten anzupassen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis man diese Leistungen mit Geldsummen ablöste.

— Halbtrauer. Junge Witwe: „Morgen will ich mit der Halbtrauer beginnen... Die eine Herzkammer stünde also wieder zur Verfügung..."

The Case of Col. Reichmann.

President Wilson a short time ago sent to the Senate the names of a number of officers for confirmation to appointments in the higher grades of the army. The list included the name of Col. Carl Reichmann for promotion to the rank of brigadier general.

At the instance of Senator Poindexter, Col. Reichmann's nomination was held up, and the Senate ordered an investigation of the charges against Reichmann that he expressed sympathy with Germany. (The result of this investigation was that, according to recent dispatches, the subcommittee of the Senate, with two votes against one, recommended to confirm Col. Reichmann's promotion.—Ed.)

It should be noted that Reichmann is the only German-American in the list of nominations and the only one whose confirmation is held up. He is rated one of the most efficient officers in the army list, as attested by the fact that he was our military attaché during the Boer war and again in the Russian-Japanese war, when he was accredited to the czar's army in Manchuria. He has also been military instructor at West Point, is a graduate of the Cavalry and Infantry School, and according to a Washington dispatch to the New York Times, "his record for efficiency is of the best."

His only offense is that he is a German-American. By extension of the logical process by which Senator Poindexter arrives at the conclusion that Reichmann is unfit to be a brigadier general in the army, every American of German descent or affiliation automatically is excluded from serving in any capacity save as a private. It he should, by efficiency and personal distinction in the service, merit promotion, he would find the Senate standing in his way of confirmation to a place of command. With the decision reached in the Reichmann case the status of German-Americans will be officially determined whether they are citizens in fact or only in name, and whether they are entitled to the benefits of American citizenship or only fit to bear the responsibilities which attach to the designation. The charge against Reichmann is not that he is inefficient, but that he has entertained conscientious sympathies.

We question the higher motives of Senator Poindexter in seeking to justify the fight against Reichmann on a patriotic motive. Not to do so would be to impugn the patriotism of the President, who has undoubtedly acted on the best advices and knows whether Reichmann is to be trusted with a command, whatever the sentimental workings of his heart and mind may have been. We are qualified to judge from Washington reports that such views as have been attributed to Reichmann have been entertained and shared by other officers of the United States army and navy not of German birth or descent.

The animus against Reichmann on the ground of his German birth goes back many years before the war. Col. Reichmann has been in the public eye before in a similar predicament. The New York Times, in its issue of November 17, 1906—eleven years before we engaged in the war—printed the following:

> Refused admission as a member of the General Staff of the United States Army, as he alleges, because he was born in Germany, Captain Carl Reichmann, who until recently was a military instructor at West Point and a military attaché representing this country in Manchuria and South Africa during the Russian and Boer wars, has written to a friend in this city relating a series of suspicions entertained by brother officers against him.
>
> The letter and its outcome may lead to an investigation in the General Staff. A movement has already been started to bring the attention of the President to Captain Reichmann's case. He has friends with potent influence at Washington, and many German-Americans are interested in the reason he gives for the alleged efforts to keep him out of the General Staff, and, with others who are American born, are arranging for a protest to the President against the prejudice against him said to exist in the staff.
>
> Captain Reichmann's letter is a strong protest on his own part. The friend through whom indirectly it became public yesterday said that the Captain had never intended that it should reach the newspapers, but his friends thought differently about it. In the letter Captain Reichmann says:
>
> "I almost wish I could have died without knowing that I was not trusted by my superiors. In nearly twenty-five years of service I have done my duty without looking to the right or left, yet I am not trusted. I do not want any scandal, and the last thing I want to do is to involve the General Staff in a scandal, for even though they refuse me admission, my duty as an officer impels and compels me to assist them in their work in so far as lies within my province and my power. My heart is broken. I shall always feel that I am under suspicion, that I cannot even go and visit my old mother without arousing suspicion of my disloyalty in the minds of the General Staff."
>
> He goes on to hint that discords which have arisen between the United States and Germany and "our friends, the English," have evidently aided in his exclusion from the staff. A watch fob presented to him by his college fraternity in Germany, he says, created suspicion.
>
> "I was cross-examined on that watch fob and on my college fraternity by more than one officer on the General Staff, and none of them seemed particularly pleased.
>
> "If people insist on not letting me be an American, no matter how hard I want to be one, it becomes important for me to know whether the Government also insists in looking upon me as a German instead of an American. In the course of a few years, if I live and pass the examinations, I shall be a field officer, and the higher I rise in the military hierarchy the more the Government will be compelled to show me trust or mistrust. I have grown old and poor in the service of the United States, or rather, I have no more money after serving the United States than I had before I entered the service. Much of the money paid me as salary I have expended in the service of the Government."
>
> Captain Reichmann says he married an American woman after he became naturalized, and is now raising an American family of children. In his three visits to Germany, where his mother and sisters live, he declares he has expressed himself with all of the love and respect and devotion to America that any other American would.
>
> "If the General Staff," his letter says, "would openly declare that foreign-born officers would not be admitted, the matter would be very simple, but to brand me in advance as a Benedict Arnold because a German-born officer has betrayed the confidence reposed in him is, in my mind, rather far fetched, and if it is true I cannot but regard it as a great injustice to me."
>
> To his New York friends Captain Reichmann confides that during his service in the army he put in all his time in study instead of in attempting to shine in society or to secure social advantages. He says that this kept him away from his brother officers to a great extent, necessarily, and thus he may be himself partly to blame for the mistrust against him which he feels sure exists in the General Staff. He admits that he has frequently criticised present army methods, but he declares that his criticisms were the result of his love for his adopted country and because he considered it his duty to do all in his power in making her secure from a military point of view.
>
> (Issues and Events.)